



München, 03.03.2021

## Transparenzgesetz: SPD will Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen

**SPD fordert elektronische Transparenzplattform, auf der sich die Bürgerinnen und Bürger informieren können - Fraktionschef Horst Arnold: Mehr Offenheit stärkt das Vertrauen in amtliches Handeln**

Die SPD-Landtagsfraktion möchte das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen umfassend und ohne Anlass gesetzlich verankern und hat dafür einen Entwurf für ein Transparenzgesetz vorgelegt, das in der morgigen (04. März) Plenarsitzung in zweiter Lesung behandelt wird. "Bürgerinnen und Bürger haben gerade in Pandemiezeiten Anspruch darauf, sich umfassend über die Vorhaben und Entscheidungen der Behörden zu informieren. Vor dem Hintergrund administrativer Pandemiebekämpfung und der Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung ist Transparenz derzeit wichtiger denn je!", erklärt dazu der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion **Horst Arnold**. Die SPD schlägt in ihrem Gesetzentwurf eine sogenannte elektronische Transparenzplattform vor, auf der in der Verwaltung vorhandene Informationen abgelegt und abgerufen werden können. „Damit können wir den Bürgerinnen und Bürgern ein niedrigschwelliges Angebot anbieten“, unterstreicht Arnold.

Staat und Politik müssen Pläne und Entscheidungsgrundlagen erklären und nachvollziehbar machen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Nach wie vor geschützt bleiben persönliche Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie staatliche Sicherheitsinteressen. 80 Kommunen veröffentlichen bereits aufgrund von Informationsfreiheitsatzungen wichtige Informationen. Aber gerade auf Landesebene wird der Zugang zu Informationen benötigt. "Mit mehr Transparenz wurden durchweg positive Erfahrungen gemacht. Es profitieren sowohl die Behörden, die weniger Auskünfte erteilen müssen als auch die Bürger und Bürgerinnen, die sich schnell und umfassend informieren können", erklärt Arnold.